



IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
16/3703**

A01, A15, A18

STELLUNGNAHME

Ihr/e Ansprechpartner/in
Sophia Tiemann

E-Mail
sophia.tiemann@ihk-nrw.de

Telefon
0211 36702 - 12

Datum
12.04.2016

Antrag der Fraktion der FDP: "Wirtschaft in der Ausbildung unterstützen statt immer mehr belasten – Keine Ausbildungsabgabe und keine Quote für abgeschlossene Lehrverträge!"

Drohender Fachkräftemangel durch fehlende Auszubildende

Fachkräftemangel als größtes Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung – diese Not teilen mittlerweile mehr als 36 Prozent der IHK-Unternehmen in NRW. Diese Zahl steigt von Jahr zu Jahr.

Bereits seit mehreren Jahren beobachten die IHKs in NRW dabei mit Sorge, dass immer mehr Unternehmen große Schwierigkeiten haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Dies spiegelte sich in den vergangenen Jahren auch in den Eintragungszahlen an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wieder: Der Rückgang an Ausbildungsverträgen betraf im Zuständigkeitsbereich der IHK im kaufmännischen Bereich vor allem Banken, Versicherungen und die Hotel- und Gaststättenbranche. Banken und Versicherungen berichten beide von erheblichen Schwierigkeiten, alle angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Hier macht sich Konkurrenz von akademischen Berufen bemerkbar.

Das Hotel- und Gaststättengewerbe leidet unter der mangelnden Attraktivität der Branche bei vielen Jugendlichen und dem damit verbundenen Bewerbermangel.

Der gewerblich-technische Bereich verzeichnete in den vergangenen Jahren Rückgänge vor allem im Bereich Bau und in der Papier- und Druckbranche. Die Baubranche leidet darunter, dass die angebotenen Berufe offenbar als unattraktiv wahrgenommen werden.



Unterschiedliche regionale Ausbildungsmärkte erfordern differenziertes Vorgehen

Mit dem Ziel, optimaler auf die lokalen, branchen- und berufsspezifischen Gegebenheiten sowie auf das Angebot an Ausbildungsplatzsuchenden vor Ort reagieren zu können, erarbeiten seit 2015 die Partner in den regionalen Ausbildungskonsensrunden in den 16 IHK-Bezirken in NRW unter Koordination der IHKs regionale Handlungspläne zum Ausbildungsmarkt.

Bei der Analyse der Ausgangslage vor Ort zeigt sich: Es gibt bereits eine Vielzahl an guten Angeboten. Ein Beispiel sind Projekte zur passgenauen Vermittlung junger Menschen in den Ausbildungsmarkt durch die Kammern – doch viel zu wenig Jugendliche nehmen diese in Anspruch. Auch die zahlreichen Ausbildungsplatzangebote im Rahmen der Nachvermittlungsaktionen der Agentur für Arbeit und der IHKs werden seit Jahren nur von wenigen Jugendlichen angenommen. Ein Dilemma für viele händeringend nach Auszubildenden suchenden Unternehmen. Wenn es nicht gelingt, die Eigenmotivation von Ausbildungssuchenden zu steigern, bleiben noch so gute Ansätze zur Vermittlung in Ausbildung ohne Erfolg.

Ende 2015 ist es nun gelungen, trotz des auch demografisch bedingten Rückgangs bei den Schulabgängerinnen und -abgängern und trotz regionaler Unterschiede die Anzahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse bei den IHKs auf Vorjahresniveau zu halten. Das ist ein deutlicher Erfolg und zeigt, dass der landesweit gemeinsam mithilfe der IHKs eingeschlagene Weg richtig war, die unterschiedlichen regionalen Verhältnisse auf dem Ausbildungsmarkt in NRW stärker in den Blick zu nehmen und angemessene Lösungen vor Ort zu finden.

Allein bei den Arbeitsagenturen in NRW wurden im Ausbildungsjahr 2015/2016 insgesamt 4,7 Prozent mehr Ausbildungsstellen gemeldet, als im Vorjahr. Dies zeigt die hohe Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen in NRW. Rund 6.000 Ausbildungsstellen blieben Ende 2015 jedoch trotz erheblicher Anstrengungen der Wirtschaft unbesetzt.

Die Erwartungen der politischen Entscheidungsträger des Landes, die Zahl der Ausbildungsverhältnisse trotz Rückgang der Schulabsolventenzahlen zu steigern, konnten nicht erfüllt werden.



Konstruktive Arbeits- und bildungspolitische Ansätze erforderlich

Eine Ausbildungsabgabe, wie sie vom Deutschen Gewerkschaftsbund als vermeintlicher Lösungsansatz für die Ausbildungsintegration unversorgter Jugendlicher eingefordert wird, ist von Ministerpräsidentin Kraft bereits Anfang 2015 mehrfach öffentlich abgelehnt worden. Die Landesregierung hat richtig erkannt, dass derartige Zwangsinstrumente bei Unternehmen eher kontraproduktive Effekte auf die Ausbildungsbereitschaft und auf die Attraktivität der dualen Ausbildung haben. Auch Arbeitsminister Schmelzter hat die Einführung eines derartigen ordnungspolitischen Instrumentes im Rahmen der Gremien des Ausbildungskonsens NRW bereits mehrfach als nicht zielführend titulierte.

IHK NRW geht fest davon aus, dass die Landesregierung die bereits erkannte Komplexität auf den regionalen Ausbildungsmärkten in NRW zukünftig nicht zugunsten quantitativer Ausbildungsvertragszahlen außer Acht lassen wird. Das Zustandekommen von mehr Ausbildungsverträgen ist nicht allein durch die Wirtschaft zu lösen. Vielmehr sind komplexe Ansätze und Entwicklungen erforderlich, um die Ausbildungssituation in NRW langfristig zu stabilisieren.

Insbesondere muss dafür die berufliche Bildung bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit steigender Studierneigung wieder an Attraktivität gewinnen. Viel zu viele folgen der Vorstellung, ohne Abitur und abgeschlossenes Studium sei eine vollständige Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben nicht erreichbar.

Um gemeinsam einen konstruktiven Weg zur Stärkung der dualen Ausbildung zu gehen, wird aktuell vom MAIS NRW und IHK NRW eine landesweite Imagekampagne für die berufliche Ausbildung umgesetzt, die Jugendlichen die Attraktivität von Ausbildung vermitteln und Unternehmen dabei unterstützen soll, passende Auszubildende zu finden. Minister Schmelzter und IHK NRW Präsident Kersting haben hierzu Anfang März gemeinsam den Startschuss gegeben.

Die Landesregierung hat mit der verpflichtenden Berufsorientierung in allen allgemeinbildenden Schulen im Rahmen des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“ zudem den richtigen Weg eingeschlagen. Bis zur endgültigen Etablierung dieses Systems in allen Schulformen in der erforderlichen Quantität und vor allem Qualität werden jedoch noch mehrere Jahre vergehen. Erst dann kann es gelingen, die hohe Anzahl an Jugendlichen im Übergangssystem von der Schule in den Beruf zu reduzieren.



In Bezug auf die Ausbildungsreife der Schulabgängerinnen und –abgänger sind zudem noch wichtige Schritte zu gehen: Aus Sicht der Unternehmen haben sich deren Leistungen insbesondere in den Fächern Deutsch und Mathematik in den vergangenen 25 Jahren dramatisch verschlechtert. Die Stundenansätze in diesen beiden Fächern muss deutlich erhöht werden. Dies schließt Zusatzangebote in beiden Fächern für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler mit ein.

Eine kleine Hoffnung für den Ausbildungsmarkt liegt in der Zielgruppe der jungen Flüchtlinge: Wenn es gelingt diese schnellstmöglich zu integrieren, im Regelsystem zu beschulen und beruflich zu orientieren sowie unter anderem mithilfe von Sprachkursen zu qualifizieren, können ggf. freie Ausbildungsstellen besetzt werden.

Bürokratieabbau für Unternehmen

Die Initiative im Antrag, überbordende Bürokratie abzubauen, wird von IHK NRW sehr begrüßt und bereits lange eingefordert. Dem Mittelstandsreport des DIHKs von März 2016 folgend blickt der Mittelstand mit wachsender Sorge auf die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Insbesondere die auf dem Arbeitsmarkt drohenden weiteren Regulierungen wie das Entgeltgleichheitsgesetz sowie die Einschränkungen bei Zeitarbeit und Werkverträgen verursachen im Mittelstand Bedenken. Diese Vorhaben laufen Anforderungen der Digitalisierung und einer modernen Arbeits- und Wirtschaftswelt zuwider, in der es immer mehr auf Flexibilität und das Zusammenwirken von Dienstleistern und kleinen, mittelgroßen und großen Unternehmen ankommt.

Die Erfüllung bürokratischer Vorschriften nimmt den Unternehmen Zeit und Arbeitskraft, sie beschränkt den Handlungsfreiraum und wirkt sich damit negativ auf die Kreativität und das Engagement des einzelnen Unternehmers aus. In den vergangenen Jahren hat das Tariftreue- und Mindestlohngesetz den Aufwand bei der Durchführung öffentlicher Vergaben für Unternehmen und Auftraggeber deutlich erhöht. Ein spürbarer Abbau von überbordender Bürokratie könnte zu einer wirksamen Kostenentlastung und gleichzeitig als wirtschaftsfördernden Faktor wirken.

IHK NRW ist der Zusammenschluss der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.